



Pressemitteilung

WWF Deutschland

Pressestelle

Britta König

Mönckebergstr. 27 | 20095 Hamburg

Tel.: +49 (0)40 530 200--318

Mobil: +49 (0)151 188 54 973

britta.koenig@wwf.de

www.wwf.de

Wird die Plastikflut gestoppt?

Heiße Phase der UN-Umweltversammlung startet / WWF fordert Entscheidung für globales Abkommen gegen Plastikmüll

Berlin/Nairobi, 27. 02. 22: Mit dem Eintreffen der zuständigen Minister:innen geht die UN-Umweltkonferenz (UNEA) in Nairobi ab Montag in die entscheidende Phase. Das große Thema der Konferenz ist die überbordende Verschmutzung der Umwelt mit Plastikmüll. Die Plastikmüllkonzentration in den Weltmeeren droht sich bis 2050 zu vervierfachen. In einigen Meeresregionen wie dem Mittelmeer sind kritische Schwellenwerte der Mikroplastikkonzentration bereits überschritten. Bei fast 90 Prozent der untersuchten Meeresarten wurden negative Auswirkungen von Plastik festgestellt. Der WWF fordert daher die Regierungen aller UN-Mitgliedstaaten auf, ein Verhandlungsmandat für ein rechtsverbindliches globales Abkommen gegen die weltweite Plastikverschmutzung, vor allem des Ozeans, zu erteilen.

„Wie die Klimakrise betrifft auch die Plastikflut den gesamten Planeten. Die Verschmutzung ist kaum rückholbar und es braucht ein konzertiertes globales Vorgehen, um die Krise zu bewältigen. Die Regierungen müssen jetzt den Anfang vom Ende der Plastikflut einleiten, indem sie den Startschuss für die zügige Verhandlung eines rechtlich bindenden Abkommens geben“, sagt Alois Vedder, Leiter Politik beim WWF Deutschland. Es gehe jetzt auch darum, wie dieser Vertrag am Ende konkret aussehen muss, um die Plastikflut tatsächlich zu stoppen. „Ein wirksames Abkommen muss den gesamten Lebenszyklus von Kunststoffen umfassen und Maßnahmen für Produktion, Verbrauch und Abfallwirtschaft festlegen, damit kein Plastik mehr in die Umwelt gelangt und auch weniger Neukunststoffe produziert werden müssen“, so Vedder.

Der Bedarf an finanzieller und technologischer Hilfe für Staaten mit geringen Finanzmitteln muss im Verhandlungsmandat laut WWF zwingend berücksichtigt werden, um diese Staaten in die Lage zu versetzen, das komplexe Problem in den Griff zu bekommen. Auch die Festlegung, wirksame nationale Aktionspläne zu entwickeln und umzusetzen, mit denen die Staaten Plastikverschmutzung an Küsten und Flüssen vermeiden und beseitigen, gehört für den WWF in das Verhandlungsmandat. Die Umweltschützer fordern zudem die Bundesregierung auf, sich bis zum Schluss aktiv für eine konsequente Haltung der EU in den Verhandlungen stark zu machen.

Die umfassendste und konsequenteste Resolution bei der UNEA hatten Peru und Ruanda mit zusammen 58 unterstützenden Staaten vorgelegt. Prinzipiell haben sich bereits 185 von 193 UN-Mitgliedsstaaten, darunter Deutschland als einer der ersten, öffentlich für ein globales Abkommen ausgesprochen.

„Die zunehmende Verschmutzung vor allem der Meere durch Plastik ist bisher schneller als die Bemühungen, sie zu stoppen. Es kommt darauf an, dass die Umweltminister:innen mit dem Beschluss eines ehrgeizigen Mandats für die Verhandlung eines neuen UN-Abkommens diese einmalige Chance, die Plastikflut zu stoppen, jetzt ergreifen“, mahnt Alois Vedder vom WWF.

Hintergrund:

Ab dem 28. 2.- 2.3. finden die Schlussverhandlungen und Entscheidungen der UNEA auf Ebene der nationalen Umweltminister:innen statt. Deutschland wird dabei durch die Bundesumweltministerin Steffi Lemke vertreten. Der WWF verfolgt die Verhandlungen mit einer Delegation vor Ort und online und steht für Einschätzungen zur Verfügung.

Weitere Informationen:

Britta König, Pressestelle WWF, Tel.: 040 530 200318, britta.koenig@wwf.de